

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



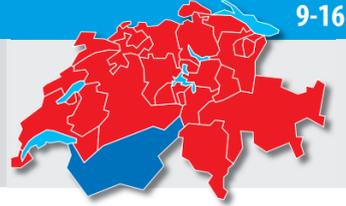
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Wallis 9-16

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr!

Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen.

Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen.

Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen?

Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.



Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Liste 4 SVP



Andrina Trachsel, Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »

Deshalb wähle ich am 22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: $\frac{1}{3}$ der Schüler hat Sprachprobleme, $\frac{1}{3}$ Lernstörungen, $\frac{1}{3}$ ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

Schweizer Kinder in Minderheit 11.00 Uhr

In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

Krisensitzung statt Mittag 12.00 Uhr

Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

Ein Viertel kann nicht richtig lesen 13.45 Uhr

Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

Verdacht auf Zwangsehe 10.15 Uhr

Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Tausende Heilpädagogen 15.00 Uhr

A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

Schüler schlägt Lehrer 9.30 Uhr

Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

Verbot von Weihnachtsliedern 16.30 Uhr

Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

Integration um jeden Preis 7.45 Uhr

Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

Desinteressierte Eltern 19.00 Uhr

Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hierbleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober**



Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Schweizer Bevölkerung in fast allen Leben

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.

Kostenanstieg Prämien 2000 bis 2020



Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Explodierende Sozialkosten

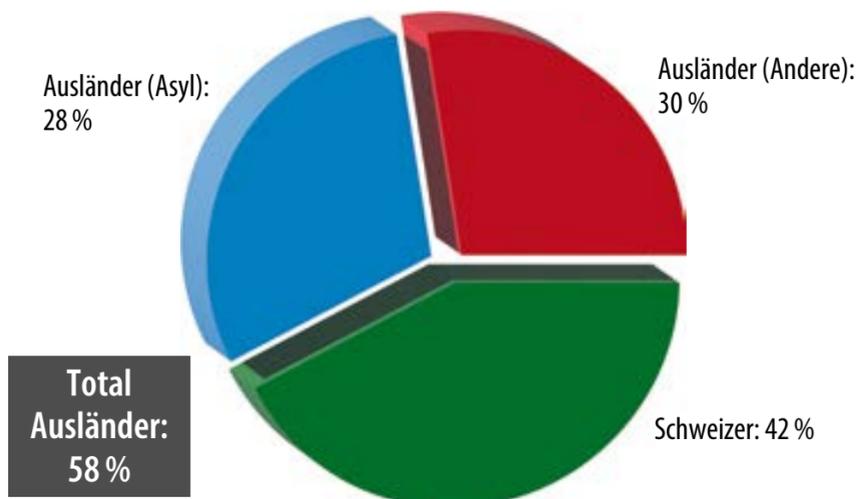
Die Ausländer beziehen viel häufiger Arbeitslosengelder und Sozialleistungen. Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Ausländer und insbesondere Asylsuchende/Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer. Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

37'000 Sozialhilfe-Bezüger sind «vorläufig aufgenommene» Asylmigranten mit negativem Asylentscheid. Das heisst: Jeder 8. Sozialhilfebezüger hätte eigentlich kein Recht, sich in der Schweiz aufzuhalten und dann noch auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Auch bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich das gleiche Bild. Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent). Ausländer sind also bei der Arbeitslosenkasse krass übervertreten: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer.

Sozialhilfebezüger nach Aufenthaltsstatus, 2021



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Infra

Die Staus fünffacht! die Schweizer stoffpreise ihrer Antilichen Ver Anschlag.



Quelle: ASTRA

Jahre hat die Lage für die sbereichen massiv verschärft:

Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsen Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022:
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.
Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika.
Niemand weiss, wo sich diese Personen
inzwischen befinden.**

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass die sexuellen Übergriffe auf Mädchen in Sek-B-Klassen massiv angestiegen sind. Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asy migration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

71 % der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15 %

56 % der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Tätersuche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.

57 % der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.

Strukturen am Anschlag

Stunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren verdoppelt. Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden Treiber Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den



Wohlstandsverlust

Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Nationalrat
Manuel Strupler,
Gartenbauunternehmer und
Landwirt,
Weinfelden (TG)

Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt! Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Thomas Matter,
Nationalrat,
Mitglied des
Initiativ-Komitees

Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:

Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildeggen (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL.REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Quelle: ASTRA – Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen, BFS 2022

Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Wir sind Volkspartei – Wir sind Oberwallis



Werte Oberwalliserinnen und Oberwalliser

Die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober sind von grosser Bedeutung. Für die Schweiz. Für das Oberwallis. Aber auch für die SVP Oberwallis. Es geht darum, die Werte zu verteidigen, welche die Schweiz stark und erfolgreich gemacht haben. Es gilt sicherzustellen, dass auch in Zukunft ein Oberwalliser SVP-Nationalrat unsere Überzeugungen und die Anliegen des Oberwallis in Bundesbern vertreten kann. Dafür müssen wir alle Kräfte mobilisieren.

«Wir sind Volkspartei – wir sind Oberwallis!» Das ist nicht einfach ein Slogan.

Die SVP ist die einzige Volkspartei des Oberwallis. Als Volkspartei sind wir nahe am Puls der Bürgerinnen und Bürger. Wir kennen die Probleme der Bevölkerung, nehmen sie ernst und bieten realistische Lösungen an.

Die SVP ist verlässlich und übernimmt Verantwortung. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten setzen sich mit viel Herzblut für die Anliegen unserer Region ein. Sie machen Politik für die Berggemeinden, die einheimische Landwirtschaft, einen starken Tourismus, fordern eine massvolle Zuwanderung und eine proaktive Regulierung des Wolfes, stehen ein für christliche Werte, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und eine freie und sichere Schweiz. Kurz: Wir machen Politik für Sie!

Das Oberwallis als sprachliche und kulturelle Minderheit muss am 22. Oktober parteiübergreifend und geint auftreten, wenn es auch in Zukunft in den politischen Gremien angemessen vertreten sein will. Die SVP Oberwallis verzichtet deshalb auf eine eigene Ständeratskandidatur und wählt den bisherigen Oberwalliser Ständerat Beat Rieder. Damit leisten

wir einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Oberwalliser Ständeratssitzes. Zusammen mit dem Unterwalliser SVP-Kandidaten Jean-Luc Addor soll Beat Rieder unsere Werte und unsere Interessen im Ständerat vertreten. Wir sind überzeugt, dass ein bürgerliches Duo, das die Interessen des Wallis in verschiedenen Fraktionen vertreten kann, die beste Lösung für unseren Kanton ist.

« Mit Ihrer Stimme für eine der Listen der SVP Oberwallis tragen Sie dazu bei, dass das Oberwallis seine beiden Nationalratssitze sichern kann. »

Auch bei den Nationalratswahlen muss das Oberwallis «zämu sta». Mit Ihrer Stimme für eine der Listen der SVP Oberwallis tragen Sie dazu bei, dass das Oberwallis seine beiden Nationalratssitze sichern kann. Es wäre ein herber Rückschlag, wenn das Oberwallis nur noch einen Nationalrat hätte. Damit wäre das Oberwallis klar untervertreten. Umso wichtiger ist es, dass Sie am 22. Oktober SVP wählen. Seit acht Jahren vertritt die SVP Oberwallis unsere Region im Nationalrat. Mit viel Ausdauer und Gewissenhaf-

tigkeit haben zuerst Franz Ruppen und nun Michael Graber unsere Anliegen im Nationalrat vertreten. Es braucht auch in Zukunft einen Oberwalliser SVP-Nationalrat in der grössten Bundeshausfraktion.

Die SVP Oberwallis tritt mit insgesamt 17 Kandidatinnen und Kandidaten auf den drei Listen «Power», «Üfbruch» und «Chrampf» zur Wahl an. Sie verdienen Ihr Vertrauen bei

den Nationalratswahlen vom 22. Oktober. Unsere Listenbezeichnungen sind Ausdruck unserer Verbundenheit mit dem Oberwallis und die Namen sind Programm. «Üfbruch» steht für Zukunft und dass Junge Verantwortung für sich und ihre Heimat übernehmen. Unsere «Chrampf» packen an, sind bodenständig und heimatverbunden. Und «Power» hat, wer sich voller Energie für das Ober-

wallis engagiert. Nur gemeinsam mit Ihnen, werte Oberwalliserinnen und Oberwalliser, können wir unsere Heimat verteidigen. Packen wir es an. Mit Freude und mit dem Oberwallis im Herzen.

Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!



Romano Amacker
Präsident SVPO



Diego Schmid
Generalsekretär SVPO

Es kommen zu viele ...

119 Nationen leben im Oberwallis

Unsere Heimat verändert sich. Im Oberwallis leben heute 119 verschiedene Nationen und der Ausländeranteil beträgt 18 Prozent. Wenn wir so weitermachen, werden wir noch mehr zu Fremden im eigenen Land.

Die ungebremste Zuwanderung – als Folge der Personenfreizügigkeit mit der EU und der stark gestiegenen Asylzahlen, vor allem aus Afrika und dem Mittleren Osten – verändert unsere Heimat und bedroht unsere schweizerische Identität. Es kommen zu viele und es kommen die falschen Ausländer! Im Oberwallis leben heute 119 verschiedene Nationen und der Ausländeranteil liegt bei 18 Prozent. An einigen Orten in unserer Region beträgt er bereits 59 Prozent! Wenn wir so weitermachen, werden wir noch mehr zu Fremden im eigenen Land. Tugenden wie ein hohes Mass an Eigenverantwortung, das Streben nach

Qualität, die Widerstandsfähigkeit aber auch ein ausgeprägter Gemeinschaftssinn, der Starke und Schwache verbindet, gehen durch eine solch un-

« Wer unsere Werte und Traditionen bewahren will, wer seine Kinder weiterhin mit Schweizern in die Schule schicken will und wer abends ohne Angst auf die Strasse gehen will, der muss SVP wählen. »

kontrollierte Zuwanderung verloren. Statt dass sich die Migranten an unsere Werte anpassen und integrieren, entstehen immer mehr Parallelgesell-

schaften: eigene Vereine, Läden mit ausschliesslich ausländischen Lebensmitteln, Schulen mit einem Ausländeranteil von über 70 Prozent oder Servicepersonal, das nur noch Englisch spricht.

Wer unsere Werte und Traditionen bewahren will, wer seine Kinder weiterhin mit Schweizern in die Schule schicken will und wer abends ohne Angst auf die Strasse gehen will, der muss SVP wählen. Nur die SVP tritt ein für den Erhalt unserer Heimat und für eine massvolle Zuwanderung. Holen wir uns unser Oberwallis zurück!



Die ungebremste Zuwanderung macht uns zu Fremden im eigenen Land. (Quelle: Shutterstock)

Asylchaos erreicht Oberwallis

Das Asylchaos ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Es kommen zu viele und die Falschen. Die meisten sind keine Flüchtlinge, sondern Scheinasylanten, die unser System missbrauchen. Stoppen wir diesen Wahnsinn.



Die SVPO sprach sich gegen ein Asylzentrum im Gästehaus St. Ursula aus.

Das Asylchaos läuft völlig aus dem Ruder. Kostete uns der Asylbereich 2019 noch 2 Milliarden Franken, werden es 2023 bereits horrend 4 Milliarden sein - eine Verdoppelung! Statt endlich zu handeln, wie es die SVP fordert, beschwichtigt die Mitte-links-Mehrheit im Bundeshaus.

Auch im Oberwallis explodieren die Asylzahlen, wobei etliche illegale Grenzübertritte auch bei uns Realität sind. Es kommen zu viele und es kommen die falschen Ausländer! Der Kanton Wallis hat deshalb – gegen den Willen der Bevölkerung – das Gästehaus St. Ursula in Brig für 6 Millionen Franken gekauft, um dort ein Asylzentrum einzurichten. Anfänglich wurde der Eindruck erweckt, dass dort nur ukrainische Familien untergebracht werden. Tatsache ist aber, dass im

Gästehaus auch illegale Migranten aus Afghanistan, Eritrea oder Syrien aufgenommen werden. Illegale direkt neben dem Kollegium und an bester Lage – für die SVP unhaltbar! Absurderweise sollen Hochzeitsapéros im Garten des Gästehauses St. Ursula

« Statt Druck auf Kantone und Gemeinden auszuüben, muss der Bundesrat endlich Lösungen präsentieren. »

weiterhin möglich sein. Christliche Hochzeiten neben islamischen Migranten – diese Multikulti-Idee wird scheitern! SP-Bundesrätin Baume-Schneider wollte in Turtmann eine Container-siedlung für hunderte Asylanten er-

richten. Dieses Vorhaben wurde bewusst an der Bevölkerung vorbeigeplant und widerspricht allen föderalistischen und demokratischen Grundsätzen unseres Landes. Die SVP hat dies verhindert. Doch der Druck auf Kantone und Gemeinden geht weiter. So wird die Unterbringung von Asylanten in Zivilschutzanlagen geprüft – auch in Oberwalliser Gemeinden. Stoppen wir diesen Wahnsinn! Für die SVP ist klar: Statt Druck auf Kantone und Gemeinden auszuüben, muss der Bundesrat endlich Lösungen präsentieren. Lösungen, wie die Migrationsströme eingedämmt und den kriminellen Schlepperbanden das Handwerk gelegt werden können. Aber auch Lösungen, wie wir die Kontrolle darüber zurückgewinnen, wer in unser Land kommt.

Die Zuwanderung läuft völlig aus dem Ruder

Wir spüren die negativen Folgen der unkontrollierten Zuwanderung. Höhere Mieten, Staus, Probleme in den Schulen, zunehmende Gewalt und überlastete Spitäler. So kann es nicht weitergehen – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz.

Mit über 180'000 eingewanderten Personen im Jahr 2022 hat die ungebremste Zuwanderung in die Schweiz einen neuen Höhepunkt erreicht. Heute leben 9 Millionen Menschen in unserem kleinen Land. Die masslose und unkontrollierte Zuwanderung ist die Hauptursache für die drängendsten und grössten Probleme der Schweiz, denn es kommen zu viele und es kommen die falschen Ausländer.

Die hohe Zuwanderung hat den Fachkräftemangel nicht verhindert. Im Gegenteil – die Zuwanderung verschärft den Fachkräftemangel, da sich die Schweiz in einer Endlosspirale befindet. Die 180'000 Einwanderer brauchen neue Wohnungen, Energie, Mobilität, belasten das Gesundheitswesen und die Schulen. Der neue Arzt aus dem Ausland mit Kindern und Frau braucht eine Lehrerin und eine Woh-

nung, die gebaut werden muss. Dafür braucht es wieder Bauarbeiter; der Bauarbeiter holt seine Familie nach. Es braucht neue Schulräume. Dafür werden wieder Menschen aus dem Ausland geholt. Die Spirale dreht sich endlos weiter.

« Wir müssen auf ein qualitatives und verkraftbares Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum setzen. »

Die ungebremste Zuwanderung führt zu immer grösseren Problemen in fast allen Lebensbereichen. Aufgrund der durch die Zuwanderung massiv gestiegenen Nachfrage gibt es im Oberwalliser Talgrund kaum noch freie und bezahlbare Wohnungen. Auch die Infrastruktur stösst an ihre Grenzen. Die Züge sind überfüllt und auf

den Strassen zwischen Brig und Raron stehen wir immer länger im Stau. Zudem gibt es viel zu wenig Parkplätze. Statt das Parkplatzangebot zu erhöhen, haben einige Gemeinden einfach die Parkgebühren verdoppelt. Weiter verschärfen die über 180'000 Personen, die 2022 in die Schweiz eingewandert sind, die Energieknappheit. Schon heute haben wir zu wenig und viel zu teuren Strom. In den Oberwalliser Gemeinden sind die Strompreise daher um bis zu 87 Prozent gestiegen. Dieses massive Bevölkerungswachstum ist alles andere als nachhaltig. Mit der masslosen Zuwanderung muss Schluss sein. Wir müssen auf ein qualitatives und verkraftbares Wirtschaftswachstum setzen. Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!



Auch im Oberwallis stehen wir immer länger im Stau.

(Quelle: Pixabay)

... und die falschen Ausländer!

7 von 10 in Walliser Gefängnissen sind Ausländer

Über 70 Prozent der Gefängnisinsassen sind Ausländer. Das zeigt: Es kommen nicht nur zu viele, sondern auch die Falschen in unser Land. Ausländische Kriminelle müssen endlich ausgeschafft werden.

Die Schweiz war einst eines der sichersten Länder der Welt. Eine verantwortungslose Politik, die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum und die Personenfreizügigkeit haben unser Land zu einem Eldorado für ausländische Kriminelle gemacht. Die polizeiliche Kriminalstatistik spricht eine deutliche Sprache: 2022 wurden im Kanton Wallis 931 Fälle von häuslicher Gewalt, 42 Vergewaltigungen, 55 sexuelle Handlungen mit Kindern, 864 Einbruchdiebstähle, 1'329 Sachbeschädigungen, 877 Betrugsdelikte und 367 Körperverletzungen registriert. Von den insgesamt 5'284 Straftaten wurden im Kanton

Wallis 54.3 Prozent von Ausländern begangen – und dies bei einem Ausländeranteil von 23 Prozent. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?

« Von den insgesamt 5'284 Straftaten wurden im Kanton Wallis 54.3 Prozent von Ausländern begangen.»

Und obwohl fast täglich Einbrüche, Massenschlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen und andere Delikte von Personen mit Migrationshintergrund bekannt werden, wird ein Zusammenhang zwischen Massenein-

wanderung und Kriminalität regelmässig verneint. Es handle sich lediglich um «Einzelfälle».

Dabei ist der Anteil der Ausländer an der Kriminalität alarmierend hoch. 71.76 Prozent aller Häftlinge in den Walliser Gefängnissen sind Ausländer. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass ausländische Kriminelle endlich ausgeschafft werden müssen. Doch selbst bei schweren Straftaten gelingt dies nicht immer. Schuld daran ist die Härtefallklausel, die den Richtern einen zu grossen Ermessensspielraum lässt. Hunderte kriminelle Ausländer dürfen so weiterhin in unserem Land bleiben. Für die SVP inakzeptabel!



Der Ausländeranteil in Gefängnissen ist alarmierend hoch.

(Quelle: Shutterstock)

6 von 10 Sozialhilfebezüger sind Ausländer

Ein gut ausgebauter Sozialstaat und eine freie Zuwanderung sind unvereinbar. Wir müssen die Notbremse ziehen und die Zuwanderung begrenzen, um die Plünderung unserer Sozialwerke zu stoppen.



86.4 Prozent der Asylanten im Kanton Wallis erhalten Sozialhilfe.

(Quelle: Shutterstock)

Immer mehr Beziehende. Immer mehr Fälle. Immer höhere Kosten pro Fall. Die Sozialhilfe bricht einen Rekord nach dem anderen. Dabei wird deutlich: Ausländer haben ein deutlich höheres Sozialhilferisiko als Schweizer. 57.5 Prozent aller Sozial-

« Die Sozialhilfequote der ausländischen Bevölkerung lag 2021 bei 6.1 Prozent, jene der Schweizer bei 2 Prozent.»

hilfeempfänger sind Ausländer. Die Sozialhilfequote der ausländischen Bevölkerung lag 2021 bei 6.1 Prozent, jene der Schweizer bei 2 Prozent. Noch schlimmer ist die Quote bei den Asylanten im Kanton Wallis: 86.4 Prozent der Asylanten erhalten Sozial-

hilfe! Es erstaunt deshalb nicht, dass die Sozialhilfe einer der grössten Kostenblöcke der Kantone und Gemeinden ist.

« Noch schlimmer ist die Sozialhilfequote bei den Asylanten im Kanton Wallis: 86.4 Prozent erhalten Sozialhilfe! »

Ein weiteres Ärgernis: Dank der Personenfreizügigkeit können EU-Ausländer vom ersten Tag an Sozialhilfe beziehen, noch bevor sie je einen Tag in der Schweiz gearbeitet haben. Ein Arbeitspensum von 12 Stunden pro Woche reicht dabei aus, um eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten – unabhängig davon, ob das erzielte Einkommen zum Überleben reicht oder

nicht. Es sind die Gemeinden, welche die Sozialhilfekosten für jene EU-Ausländer übernehmen müssen, die entweder zu wenig verdienen, um ihre Familie über die Runden zu bringen, oder angesteuert wurden, nachdem sie bereits Arbeitslosenversicherung bezogen haben.

Ein gut ausgebauter Sozialstaat und eine freie Zuwanderung sind unvereinbar! Es kommen zu viele und die falschen Ausländer. Wir müssen die Notbremse ziehen und die Zuwanderung begrenzen, um die Plünderung unserer Sozialwerke zu stoppen – bevor es definitiv zu spät ist!

SVP klar gegen Ausländerstimmrecht

Der Verfassungsrat hat eine neue Kantonsverfassung ausgearbeitet. Diese sieht das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene vor. Die SVP ist überzeugt: Wer mitbestimmen will, muss sich integrieren und einbürgern lassen.

Der links-liberale Verfassungsrat hat seine Arbeit beendet. Am 3. März 2024 wird das Walliser Volk über den Verfassungsentwurf abstimmen. Für die SVP ist klar: Die neue Kantonsverfassung muss an der Urne deutlich versenkt werden!

Der Verfassungsrat will nämlich, dass Ausländer in allen Gemeinden abstimmen, wählen und gewählt werden können. Das ist ein schwerer Eingriff in die Gemeindeautonomie! Der nächste Gemeindepräsident von Täsch (Ausländeranteil 59.1 Prozent) aus Portugal? Die nächste Gemeindepräsidentin von Zermatt (Ausländeranteil 42.3 Prozent) ebenfalls? Wollen wir wirklich Gemeinderäte, die erst seit einem Jahr im Wallis leben? Die die Bedeutung der hiesigen Traditionen oder die kulturelle Lebensweise kaum kennen? Ausländer, die kaum Deutsch sprechen? Abstimmungsun-

terlagen in Portugiesisch oder Albanisch?

Die SVP ist überzeugt, dass man nach einem Jahr die Gegebenheiten und vor allem die feinen Nuancen einer Gemeinde zu wenig kennt, um sich gezielt für die Interessen der jeweiligen Bevölkerung einsetzen zu können. Die

« Kommt der nächste Gemeindepräsident von Täsch aus Portugal? Die nächste Gemeindepräsidentin von Zermatt ebenfalls? »

Devise muss lauten: Wer mitbestimmen will, soll sich integrieren und einbürgern lassen. Das Stimmrecht kann dabei nur der Abschluss der Integration und nicht das Mittel dazu sein. Deshalb hat sich die SVP im Verfassungsrat einstimmig gegen das Aus-

länderstimmrecht ausgesprochen. Die Oberwalliser Bevölkerung kann sich auf die SVP verlassen.

Der Verfassungsrat hat zudem beschlossen, dass der Kanton die Integration der Ausländer erleichtern soll. Mit einem verfassungsmässigen Recht auf Integration. Schon heute kommen zu viele und die falschen Ausländer! Der Verfassungsentwurf sieht zudem einheitliche, einfache und rasche Einbürgerungen vor. Und der Kanton soll neben Deutsch und Französisch auch andere Sprachgemeinschaften fördern.

Das Volk muss diese linken Träumereien stoppen. Verteidigen wir unsere Heimat!



Der Verfassungsrat will das Ausländer in Zukunft auch mitbestimmen können, ohne sich zu integrieren.

Unsere 17 Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat



Liste 4

Michael Graber

- Jahrgang: 1981
- Beruf: Anwalt und Notar
- Funktion: Nationalrat, Stadtrat
- Wohnort: Brig-Glis

«Als Nationalrat engagiere ich mich für mehr gesunden Menschenverstand in der Politik. Und für mehr Freiheit!»



Liste 4

Barbara Anthamatten

- Jahrgang: 1967
- Beruf: Leiterin Hauswirtschaft Spitalzentrum Oberwallis
- Wohnort: Saas-Grund

«Als Nationalrätin engagiere ich mich dort, wo die Probleme des Wallis und der Bergbevölkerung sind oder in Zukunft sein werden.»



Liste 4

Romano Amacker

- Jahrgang: 1997
- Beruf: Jurist
- Funktion: Präsident SVPO
- Wohnort: Eischoll

«Als Nationalrat will ich die Anliegen der Berggemeinden stärken und die Werte, die die Schweiz auszeichnen, verteidigen!»



Liste 5

Joël Karlen

- Jahrgang: 1996
- Beruf: Jurist
- Wohnort: Naters

«Als Nationalrat will ich mich mit Herzblut für tourismus- und KMU-freundliche Rahmenbedingungen engagieren.»



Liste 5

Simon Sieber

- Jahrgang: 1995
- Beruf: Schreiner EFZ
- Wohnort: Brig-Glis

«Als Nationalrat engagiere ich mich für die Anliegen der Berggebiete und für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.»



Liste 6

Natalie Imboden Haude

- Jahrgang: 1966
- Beruf: Leiterin Sekretariat Kantonale Steuerverwaltung
- Wohnort: Visp

«Als Nationalrätin will ich eine 10-Millionen-Schweiz verhindern und unsere Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit erhalten.»



Liste 4

Martin Giachino

- Jahrgang: 1989
- Beruf: Bankfachmann
- Funktion: Fraktionsvizepräsident SVPO, Gemeindevizepräsident
- Wohnort: Gampel-Bratsch

«Als Nationalrat will ich, dass weniger Geld ins Ausland fliesst und dieses stattdessen für unser Volk verwendet wird.»



Liste 4

Ralph Kummer

- Jahrgang: 1978
- Beruf: Sicherheitsbeauftragter, Unternehmer
- Funktion: Grossrat
- Wohnort: Naters

«Als Nationalrat engagiere ich mich für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen und für ein Bildungssystem zur individuellen Förderung unserer Kinder.»



Liste 4

Marco Schnydrig

- Jahrgang: 1991
- Beruf: Finanzberater
- Funktion: Vizepräsident SVPO, Grossrats-suppleant
- Wohnort: Lalden

«Als Nationalrat engagiere ich mich für sichere Renten, die einheimische Landwirtschaft, Familien und eine starke Wirtschaft.»



Liste 6

Daniela Pollinger

- Jahrgang: 1972
- Beruf: Teamleaderin Postzustellung
- Funktion: Vizepräsidentin SVPO, Grossrats-suppleantin, Gemeinderätin
- Wohnort: St. Niklaus

«Als Nationalrätin engagiere ich mich für unsere Traditionen und eine vernünftige Regelung der Zuwanderung.»



Liste 6

Daiana Squaratti

- Jahrgang: 1982
- Beruf: Hotelfachassistentin
- Funktion: Grossrats-suppleantin
- Wohnort: Zwischbergen

«Als Nationalrätin engagiere ich mich für unsere Berggemeinden, erneuerbare Energien und eine sichere und unabhängige Schweiz.»



Liste 6

Daniel Brechbühl

- Jahrgang: 1988
- Beruf: Projektingenieur
- Wohnort: Brig-Glis

«Als Nationalrat engagiere ich mich für eine verantwortungsbewusste Migration und erhöhte Sicherheit. Gemeinsam für eine starke Zukunft!»



Liste 4

Patric Zimmermann

- Jahrgang: 1979
- Beruf: Unternehmer
- Funktion: Grossrat, Gemeindepräsident
- Wohnort: Obergoms

«Als Nationalrat engagiere ich mich für die Herausforderungen im Berggebiet und für mehr unternehmerisches Denken und Handeln.»



Liste 5

Andreas Aquilino

- Jahrgang: 1994
- Beruf: Anlageningenieur
- Funktion: Präsident JSVPO, Grossrats-suppleant
- Wohnort: Naters

«Als Nationalrat engagiere ich mich für eine vernünftige und zukunftsgerichtete Energiepolitik, ohne Einschränkungen und Verbote!»



Liste 5

David Imboden

- Jahrgang: 2000
- Beruf: Student der Rechtswissenschaften
- Wohnort: Zermatt

«Als Nationalrat engagiere ich mich für einen starken Tourismus und den Erhalt unserer Heimat, der Schweiz.»



Liste 6

Jürgen Furrer

- Jahrgang: 1983
- Beruf: Maurer EFZ
- Wohnort: Agarn

«Als Nationalrat will ich die Nebenerwerbsbauern, das lokale Gewerbe und unseren Tourismus stärken.»



Liste 6

Christian Gasser

- Jahrgang: 1978
- Beruf: eidg. dipl. Elektromeister
- Funktion: Fraktionspräsident SVPO
- Wohnort: Brig-Glis

«Als Nationalrat engagiere ich mich für unsere Unabhängigkeit, einen starken Werkplatz und optimale Rahmenbedingungen»

SVP bi de Lit – Wir stellen uns vor

Wir sind Volkspartei – wir sind Oberwallis. Die SVP Oberwallis und unsere Kandidatinnen und Kandidaten kommen auch in Ihre Region. Wir würden uns freuen, Sie bei unseren Anlässen begrüßen zu dürfen.

4. Okt. in Gampel

Kann sich der Mittelstand noch ein Eigenheim leisten?

Der Anlass findet ab 19.00 Uhr beim Bürgerhaus in Gampel statt.

16. Sept. in Lalden

So lösen wir das Problem mit dem Wolf!

Der Anlass beginnt um 15.00 Uhr in der Stallung von Marco Schnydrig im Strassgrund in Lalden. Als Gastrednerin dürfen wir Nationalrätin Monika Rüeegg begrüßen.

22. Sept. in Naters

Wasser, ein kostbares Gut.

Der Anlass beginnt um 19.00 Uhr im World Nature Forum in Naters.

29. Sept. in Glis

Es kommen zu viele und die falschen Ausländer!

Der Anlass im Zeughaus Kultur in Brig-Glis beginnt um 20.00 Uhr. Als Gastredner dürfen wir Nationalrat Andreas Glarner begrüßen.

12. Sept. auf der Moosalp

Fär ischu Bärge-meinde

Der Anlass im Restaurant Doria auf der Moosalp beginnt um 19.00 Uhr.

31. Aug. in Saas-Almagell

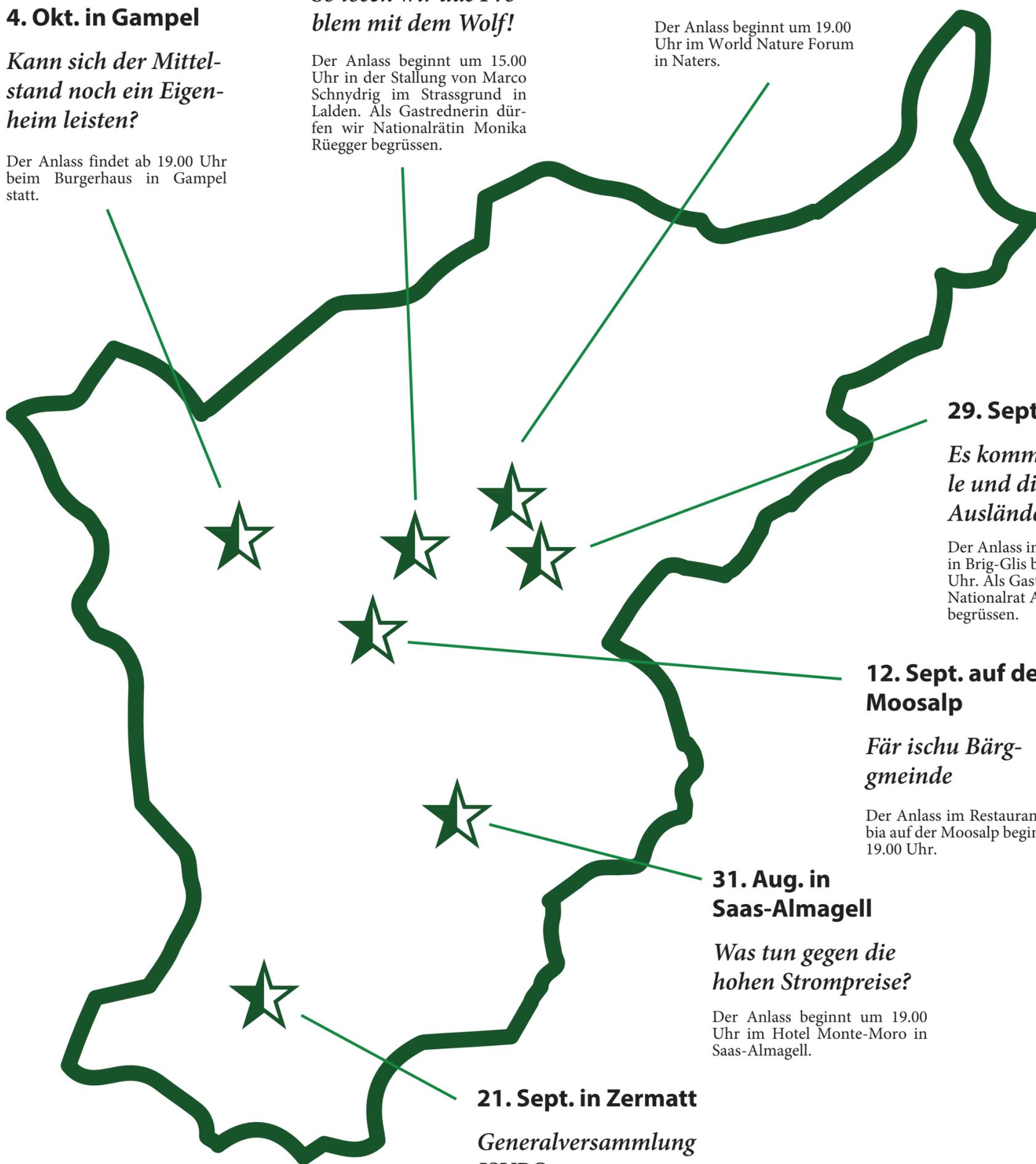
Was tun gegen die hohen Strompreise?

Der Anlass beginnt um 19.00 Uhr im Hotel Monte-Moro in Saas-Almagell.

21. Sept. in Zermatt

Generalversammlung JSVPO

Ab 19.00 Uhr findet in der Vernissage-Bar im Backstage Hotel Zermatt die Generalversammlung der Jungen SVP Oberwallis statt.



SVPO wählen, Oberwallis stärken

Michael Graber hat zwei bewegte Jahre als Nationalrat hinter sich. Beim Klimaschutzgesetz ist das Oberwallis dem SVP-Kampagnenleiter gefolgt. Auch in anderen Dossiers legt er sich für unsere Region voll ins Zeug.

Seit rund zweieinhalb Jahren darf ich unseren Kanton im Nationalrat vertreten. Als Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) gestalte ich zahlreiche Dossiers, welche für das Oberwallis zentral sind, aktiv mit. Ob bei der Raumplanung, in der Energiepolitik oder beim Wolf: Die Weichen für all diese Dossiers werden in der UREK gestellt.

Dank dem Einsatz der SVP und unseres Bundesrats Albert Rösti können wir noch dieses Jahr erste Wölfe präventiv schießen – zum Glück! Nur so können wir der Situation Herr wer-

« Als Nationalrat engagiere ich mich für mehr gesunden Menschenverstand in der Politik. »

den, denn diese ist dramatisch: Inzwischen gibt es in der Schweiz rund 250 Wölfe und 26 Rudel! Im Berggebiet ist die Lage geradezu unerträglich geworden. Obwohl unsere Bauern grosse Anstrengungen betreiben, sind sie oft schlichtweg überfordert und so kommt es auch auf geschützten Weiden immer wieder zu Rissen. Die SVP lässt sie aber nicht im Stich!

Aufgrund der völlig verfehlten Energiestrategie rasseln wir ungebremst in

ein Black-Out. Wir brauchen immer mehr Strom, weil wir Autos und Heizungen fast vollständig elektrifizieren. Gleichzeitig wollen wir aus der Kernenergie aussteigen. Mit Annahme des unsäglichen «Klimaschutz»-Gesetzes wurde das Problem weiter verstärkt. Als Kampagnenleiter bin ich stolz auf

« Wenn das Oberwallis auch nach den Wahlen weiterhin zwei Nationalräte stellen will, ist das nur über die SVP möglich. »

das Oberwallis, das dieser links-grünen Träumerei eine Abfuhr erteilt hat. Und es zeigt einmal mehr: Die Positionen der SVP und die Anliegen des Oberwallis sind in weiten Teilen deckungsgleich. Wir machen Politik für die Bevölkerung, nicht um gut dazustehen. In der Energiepolitik müssen wir technologieoffen bleiben, damit wir auch in Zukunft genügend sauberen, einheimischen und bezahlbaren Strom haben. Ein massiver Ausbau der Wasserkraft ist dafür zwingend. Und das kann niemand besser als das Wallis. Übrigens: Es ist mir gelungen, die SVP-Fraktion dazu zu bewegen, der Verlängerung der geltenden Wasserzinse bis 2030 geschlossen zuzustimmen.

Auch in der Raumplanung läuft dank

der SVP einiges: Bei der politisch hoch umstrittenen Einführung einer 30-jährigen Verjährungsfrist für illegale Bauten ausserhalb der Bauzone war ich massgeblich beteiligt. Und bald werden im Berggebiet in bestimmten Zonen endlich wieder Umnutzungen und Nutzungserweiterungen möglich sein.

Wenn das Oberwallis auch nach den Wahlen weiterhin zwei Nationalräte stellen will, ist das nur über die SVP möglich. Wegen der Bevölkerungsentwicklung ist es eine absolute Illusion zu glauben, dass das Oberwallis wieder drei Nationalratsitze erhält. Es ist ebenfalls ein Irrglaube, dass die Mitte einen Sitz dazugewinnt und vier von acht Mandaten holt. Darum gibt es am 22. Oktober nur eines: SVP wählen!

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Ich zähle auf Sie!

Michael Graber, Nationalrat und Stadtrat, Brig-Glis



Für den Ständerat: Eine echte Auswahl für die Walliserinnen und Walliser

Um im Ständerat gehört zu werden, muss das Wallis durch ein bürgerliches Duo aus zwei verschiedenen Parteien vertreten werden.

Um Gehör zu finden, muss das Wallis im Ständerat mit einer einzigen Stimme sprechen. Diese Stimme wird umso stärker wirken, wenn sie nicht nur einen Drittel, sondern die Gesamtheit der Walliserinnen und Wal-

liser und die beiden Sprachregionen vertritt. Unser Kanton muss in der kleinen Kammer durch zwei erfahrene und sich ergänzende Persönlichkeiten vertreten werden. Diese Vertretung wird ihr Gleichgewicht nur finden,

wenn ihre Ständeräte in zwei verschiedenen Parteien verankert sind.

Nach zwei Legislaturperioden im Nationalrat bin ich nunmehr dank meines Netzwerks in beiden Kammern und in allen Parteien in der Lage, genau dies zu bieten. Wählen Sie statt eines überholten Monopols den Pluralismus!

Für ein stärkeres Wallis.



« Wählen Sie statt eines überholten Monopols den Pluralismus. »

Jean-Luc Addor
Nationalrat
Ständeratskandidat

2X
IN DEN NATIONALRAT
IN DEN STÄNDERAT

JEAN-LUC ADDOR
FÜR EIN STÄRKERES WALLIS

#krankenkassenprämien #unabhängigkeit #sicherheit
#bezahlbareenergie #arbeitsplätze #familien

www.jladdor.ch

National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023

So wählen Sie im Wallis richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert.



5. Legen Sie den Ständeratswahlzettel in das zweite kleine Couvert «Ständerat». Verschiessen Sie das kleine Couvert.



2. Nationalrat:
Wählen Sie eine der folgenden Listen aus:

- Liste 4: SVP Oberwallis – «Power»
- Liste 5: SVP Oberwallis – «Üfbruch»
- Liste 6: SVP Oberwallis – «Chrampfer»



6. WICHTIG: Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis und **kleben** Sie eine **Klebeetikette** drauf.



3. Legen Sie die ausgewählte Liste unverändert ins kleine Couvert «Nationalrat».
WICHTIG: Sie dürfen nur **eine** Liste abgeben. Andernfalls ist die Wahl ungültig.



7. Die kleinen Couverts und den Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, sodass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster ersichtlich ist.



4. Ständerat:
Kreuzen Sie auf dem Ständeratswahlzettel den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Jean-Luc Addor und des Oberwalliser Kandidaten Beat Rieder an.



8. Das Stimmcouvert: bis 17. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen oder am 22. Oktober in die Urne werfen.
Brief muss via Post frankiert werden.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir stehen Ihnen zur Verfügung

Schicken Sie uns Ihre Frage per Mail an info@svpo.ch

Unsere Liste 4: SVP Oberwallis – «Power»



**Wir sind Volkspartei -
Wir sind Oberwallis**

Nationalratswahlen 2023

Liste 4
Power

